



## Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln im Rat der Stadt Köln

Fraktion pro Köln – Markmannsgasse 7 - 50667 Köln

An das  
Amt des Oberbürgermeisters

per Fax: 221-26570

Judith Wolter

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

prokoeln-fraktion@Stadt-Koeln.de

10. August 2011

### Antrag auf unverzügliche Einberufung des Rates nach § 47 GO NRW

**Demokratische Ratsfraktionen solidarisch gegen politische Kriminalität: Verurteilung linksextremer Straftaten gegen PRO KÖLN und Stopp jeglicher Zusammenarbeit mit linksextremen Kreisen in der Domstadt!**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln verlangt hiermit die unverzügliche Einberufung des Rates der Stadt Köln gemäß § 47 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen. Gegenstand der Beratung soll der nachfolgende Antrag der Fraktion pro Köln sein: „Demokratische Ratsfraktionen solidarisch gegen politische Kriminalität: Verurteilung linksextremer Straftaten gegen PRO KÖLN und Stopp jeglicher Zusammenarbeit mit linksextremen Kreisen in der Domstadt!“ Wir erbitten eine Mitteilung über den von Ihnen festgesetzten Termin bis Mittwoch, den 17.08.2011.

Der Rat möge folgende Resolution beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt mit Bedauern und Entrüstung zur Kenntnis, dass die demokratisch gewählte Fraktion PRO KÖLN seit Mitte Juli fast täglich von politischen Straftaten gegen ihre Mitglieder und Einrichtungen heimgesucht wird. Der Rat verurteilt, dass auch Organe der Kölner SPD gemeinsam mit militanten Linksextremisten dazu beitragen, ein geistiges Klima zu schaffen, in dem die ordnungsgemäße Arbeit von frei gewählten Ratsmitgliedern unmöglich gemacht werden soll. Das andauernde Beschädigen von stadteigenen Gebäuden und Einrichtungen durch gewalttätige Linksextremisten ist ein Schandfleck für unsere Stadt. Der Rat fordert die fehlgeleiteten Täter auf, ihre



antidemokratischen Umtriebe einzustellen und zurück auf den Boden des Grundgesetzes zu kommen. Es muss ein breiter Konsens darüber herrschen und nach außen kommuniziert werden, dass die politische Auseinandersetzung in einem demokratischen Rechtsstaat niemals Formen der Einschüchterung oder gar Straftaten mit einschließen kann.

Zur Begründung:

Seit Mitte Juli ist die Geschäftsstelle der Fraktion PRO KÖLN in der Markmannsgasse 7 erneut im Visier von politisch motivierter Gewalt von links. Ähnlich wie bereits in den Jahren 2008 und 2009 gibt es wieder Farbbeutelattaken, Blockadeversuche bei Bürgersprechstunden und diverse sonstige Straftaten und Einschüchterungsversuche. Polizei und der Staatsschutz Köln haben die Ermittlungen aufgenommen. Begleitend zu diesen kriminellen Akten soll auch ein politisches Klima der Einschüchterung gegen unsere demokratisch gewählte Fraktion aufgebaut werden. So hat z.B. auch der örtliche SPD-Geschäftsführer Frank Mederlet zusammen mit bekennenden und militanten Linksextremisten Ende Juli zu einer Demonstration direkt vor dem PRO-KÖLN-Fraktionsbüro in der Markmannsgasse 7 aufgerufen, die nur noch von der Polizei in letzter Minute verhindert werden konnte. Ein Skandal erster Güte, der sowohl von der Kölner SPD-Spitze als auch von SPD-Oberbürgermeister Jürgen Roters bisher unkommentiert blieb!

In solch einem aufgeheizten Klima fühlen sich einfacher gestrickte linksextreme Zeitgenossen dann offenbar legitimiert dazu, auch mit „härteren Bandagen“ gegen die Fraktion PRO KÖLN vorgehen zu dürfen. Letzte Woche ereigneten sich bereits mehrere politisch motivierte Straftaten gegen das PRO-KÖLN-Büro und einzelne Mitarbeiter. Auf militanten linksextremen Internetseiten wurde sogar steckbriefartig die Privatadresse des Fraktionsgeschäftsführers Markus Wiener veröffentlicht und unverhohlen ein „Hausbesuch“ angekündigt. Der Staatsschutz Köln hat die Ermittlungen aufgenommen.

In der Nacht von Montag auf Dienstag ereignete sich nun ein Farbanschlag auf das städtische Gebäude, in dem auch die Räumlichkeiten der Fraktion PRO KÖLN untergebracht sind. Die Farbbeutel wurden offenbar gezielt auf die Etage mit den PRO-KÖLN-Büros geworfen, einer fand sich morgens noch auf dem zugehörigen Balkon. Der größte Sachschaden an der Fassade entstand freilich im Erdgeschoss, in dem ein völlig unpolitischer gemeinnütziger Frauenverein untergebracht ist. Die Kosten für die Beseitigung der Schäden, über die sich die Linksextremen in einem Bekenner schreiben im Internet diebisch freuen und darüber hinaus noch weitere Anschläge ankündigen, muss sowieso der Kölner Steuerzahler tragen. Ebenso wie die Kosten für die umfangreiche sicherheitstechnische Aufrüstung der ganzen PRO-KÖLN-Räumlichkeiten (Alarmanlage, Spezialtür, Direktnotrufsystem etc.), die schon vor längerer Zeit auf polizeiliches Anraten hin erfolgt ist.

Die ganze Thematik ist drängend und dringend, da mit weiteren kriminellen Akten gegen eine demokratisch gewählte Kölner Ratsfraktion gerechnet werden muss.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Judith Wolter, Fraktionsvorsitzende



Jörg Uckermann, stv. Fraktionsvorsitzender